

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Januar 1911.

Anzeigenpreis Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungslieferate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 9.

## Die Streitversicherung der Unternehmer in Deutschland.

Dem inneren Ausbau der Arbeiterorganisationen haben sich in den letzten Jahren ähnliche Bestrebungen innerhalb der Unternehmerverbände gegenübergestellt. So wurde auch die Streitversicherung als finanzielle Rückenbedeckung für die Unternehmer gegenüber den zunehmenden Angriffen und Vorstößen der Arbeiter zur Besserung ihrer Verhältnisse eingerichtet. Reichen die ersten Bestrebungen der Unternehmer auf eine Sicherstellung gegen die Folgen von Streiks auch weiter zurück, so datiert ein systematisches Vorgehen auf diesem Gebiete doch erst von dem Ausstände der Krimmitschauer Textilarbeiter im Jahre 1903. Erst von diesem Zeitpunkt an begann eine systematische Organisation und Zentralisation der Einzelverbände im Unternehmerlager über ganz Deutschland. Im Jahre 1904 wurden die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände gegründet. Dann folgte im Jahre 1905 eine einheitliche Organisation des Boykottschutzes und ihr schlossen sich die Bestrebungen an, die Streitversicherung in einheitliche Bahnen zu lenken.

Die Hauptstelle und der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände bildeten seit ihrer Gründung den Mittelpunkt dieser Versicherungsbestrebungen. Da alle bis dahin vereinzelt vorgenommenen andern Versuche unbefriedigend waren, so wurde von den beiden genannten Organisationen nur der Gedanke solidarischer Unterstützung und solidarischer Tragung eines Teils des Schadens zur Grundlage der neuen Einrichtung gewählt. Jeder Gewinn aus dieser Versicherung sollte ausgeschlossen und die Unterstützung nur bei unberechtigten Streiks zu gewähren sein. Die Gesetzgebung zwang ferner auch die Unternehmer wie die Arbeiter, bei ihrer Versicherung jeden nachbaren Rechtsanspruch auszuschließen und den zuständigen Verbandsvorständen weitgehende oder fast unbeschränkte Vollmachten zu erteilen. Doch wurden in der ferneren Entwicklung der Streitversicherung zwei Wege eingeschlagen.

Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände förderte die Sache dadurch, daß die ihr angeschlossenen Verbände in ihre Satzungen die Streikbekämpfung und Streitentschädigung direkt aufnahmen und dann miteinander in Form eines Schutzverbandes ein Gegenseitigkeitsverhältnis eingingen. Dagegen erstrebte der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände die Gründung besonderer Streitentschädigungsgesellschaften.

So kam zunächst die Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen zu Leipzig unter dem Schutze des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zu einiger Bedeutung. Ursprünglich war sie allen Industriezweigen zugänglich, wurde aber später auf die Metallindustrie beschränkt und in die Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen umgewandelt. Ende 1905 gehörten ihr 742 Mitglieder mit etwa 120000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 140 Millionen Mark an. Durch Gründung weiterer Gesellschaften in andern Städten und Bezirken für die Metallindustrie verlor jedoch die Bedeutung dieser Gesell-

schaft ganz gewaltig. Im Jahre 1909 gehörten ihr nur noch 133 Mitglieder mit etwa 25000 Arbeitern an.

Trotzdem hat aber die Streitversicherung im allgemeinen einen beträchtlichen Umfang angenommen. Denn zu Anfang des vergangenen Jahres waren in 13 Streitversicherungsgesellschaften von 115095 Mitgliedern der von dieser Aufstellung erfaßten Unternehmerverbände mit insgesamt 3854680 Arbeitern 27100 oder 23,5 Proz. mit 1952480 oder 50,7 Proz. Arbeitern gegen „Streikschaden“ versichert. Der Gesamtheit der Unternehmer und Arbeiter in den einzelnen Berufsgruppen gegenüber sind aber diese Zahlen und Prozentverhältnisse noch sehr gering. So fällt z. B. auf je 100 Unternehmer im polygraphischen Gewerbe nur einer, der sich einer Streitversicherung angeschlossen hat. Auf die Gesamtheit der Arbeiter der gleichen Gewerbegruppe umgerechnet, kommt auf 100 Arbeiter nicht einmal einer, sondern nur 0,9, dessen Arbeitgeber sich diesem Versicherungszweig angeschlossen hat.

Der Beitritt des Deutschen Buchdruckervereins zum Bunde der Industriellen und die damit verbundene Erleichterung des Eintritts der Buchdruckereibesitzer in die Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen dürfte zwar diesen geringen Prozentsatz der „Versicherten“ im polygraphischen Gewerbe etwas erhöhen; aber viel wird es nicht werden. Das verhindern schon die kautschukartigen Satzungen dieser Gesellschaft mit dem langen Namen. Im Jahre 1909 zählte sie 1217 Mitglieder mit 110000 Arbeitern. An Eintrittsgeld erhebt sie 50 Pf. für je 1000 Mk. der bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Jahreslohnsumme und als Jahresbeitrag 1 Mk. von je 1000 Mk. derselben Summe. Nachschüsse, d. h. Nachzahlungen kann sie bis zu 3 Mk. vom Tausend der Jahreslohnsumme fordern. Aus den Eintrittsgeldern werden die ansehend immer noch nicht gedeckten Gründungskosten bestritten, der Rest soll in den Entschädigungsfonds fließen. Die Jahresbeiträge dienen in erster Linie zur Deckung der Verwaltungskosten, dann erst zur Entschädigung der Ansprüche der Versicherten aus dem laufenden Jahr und eventuell jeier aus früheren Jahren. Der Rest soll gleichfalls dem Entschädigungsfonds zugeführt werden. An Entschädigung wird bei Streiks nach neunzigtägiger Mitgliedschaft und pünktlicher Beitragszahlung 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Personals pro Tag und Arbeiter bezahlt. Bei Aussperrungen wird diese Entschädigung nur für höchstens 250 Arbeiter gewährt. Von 251 Arbeitern ab reduzieren sich die Entschädigungsbeträge um die Hälfte und noch mehr. Dabei kommt noch in Betracht, daß für Buchdruckereibetriebe mit Rücksicht auf die Tarifgemeinschaft die Verpflichtung zu mindestens fünfjähriger Mitgliedschaft erforderlich ist. Ferner werden die vom Vorstande der Gesellschaft im Laufe eines Jahres bewilligten Entschädigungsbeträge nur am Schlusse des Geschäftsjahrs zusammengestellt und dann erst nach drei Monaten ausgezahlt. Über zuviel Rechte und zu wenig Pflichten können sich demnach die Mitglieder dieser Gesellschaft ganz gewiß nicht beklagen.

Überhaupt scheint es mit der Leistungsfähigkeit der Streitversicherungen in Unternehmerkreisen durchweg nicht vom besten bestellt zu sein. Das geht auch aus einem Artikel des bekannten Dr. Tänzler in den von ihm geleiteten „Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ zu der gleichen Sache hervor. Er stellt selbst fest, daß der Gedanke, eine Schadendeckung auf ähnlicher Grundlage wie die gegen Feuer, Hagel ufm. auch gegen Streiks auf vericherungstechnischer Grundlage zu organisieren, praktisch aus ganz verschiedenen Gründen nicht zu realisieren sei. Die subjektiven Momente bei den meisten Arbeiterbewegungen erscheinen ihm als das Haupthindernis bei der Verwirklichung dieser Idee.

Die subjektiven Momente scheinen dem Dr. Tänzler nur darum wichtiger als finanzielle Interessen, weil die letzteren schließlich nur dazu führen würden, die Lösung prinzipieller und wirtschaftlicher Streitfragen auf einer rein kapitalistischen, lediglich von finanziellen Gesichtspunkten ausgehenden Grundlage zu suchen. Das würde nach seiner Ansicht nur dazu führen, alle Kämpfe letzten Endes auf Versicherungsgesellschaften zu übertragen, von denen dann nur die finanziell stärkeren die soziale Bewegung zugunsten ihrer Partei beenden würden. Aus diesen Erwägungen heraus müsse die Frage der Streitentschädigung nur innerhalb der Arbeitgeberverbände entschieden werden. Darum verwirft Tänzler, der auf dem Gebiete der Wahrnehmung von Unternehmerinteressen sicherlich einige Erfahrung besitzt, grundsätzlich solche Entschädigungsgesellschaften, die über den Einfluß eines einzelnen Arbeitgeberverbandes hinaus jeden Unternehmer aufnehmen, wenn er nur die finanzielle Verpflichtung der Beitragszahlung übernimmt. Denn eine solche Gesellschaft werde schließlich gerade im Notfalle mit der Unterstützung zur energischen Weiterführung des Kampfs zurücktreten, wenn sie dabei ihre finanziellen Interessen gefährdet sieht. Das ziehen wir aus den Tänzlerschen neusten Darlegungen zur Streitversicherungsfrage, weil es für den Weg der Streitversicherung in Unternehmerkreisen des Buchdruckergewerbes bis zu einem gewissen Grade ebenfalls maßgebend ist. Denn von einem größeren Interesse der hier in Frage kommenden Versicherungsgesellschaft für das Gedeihen des Buchdruckergewerbes kann doch nur in sehr bedingter Weise gesprochen werden. Es wachsen also auch hier die Bäume nicht in den Himmel. Zudem paßt auch die sonst betonte Ablehnung der Einmischung Außenstehender in buchgewerbliche Fragen sehr schlecht in diesen Rahmen.

Das Problem der Streitversicherung ist demnach, genau betrachtet, in Unternehmerkreisen trotz seiner bald zehnjährigen Geschichte noch sehr unklar und hat bei weitem nicht jene Bedeutung, die ihm von Zahlentheoretikern zugeschrieben wird, dürfte sie auch kaum erlangen. Und selbst wenn dem nicht so wäre, wenn die Streitversicherungsgesellschaften der Unternehmer sich in Zukunft wirklich „besser“ entwickeln würden als bisher, so werden sich dadurch die Arbeiter keineswegs ins Hochhorn jagen lassen. Denn die Mittel der Arbeiterschaft zur Erleichterung ihres wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs liegen letzten Endes nicht ausschließlich in der Kraft ihrer „Gewert-

Schaften, sondern weit mehr in subjektiven Eigenschaften jedes einzelnen Gewerkschaftlers. Ihre Festigung, Vertiefung und richtige Anwendung im Gewerkschaftsleben der Zukunft wird auch den stärksten Versicherungseinrichtungen der Unternehmender die Zähne ausbrechen. Und ähnliche ideale Waffen wie die Arbeiterschaft hat das Unternehmertum nicht zur Verfügung. Das mußte selbst der alte Bued zugeben, als er in seinem Schwanengesange vor seinem Rücktritt nach siebenunddreißigjähriger Tätigkeit als Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen mit bitterer Erkenntnis erst vor einigen Wochen das Geständnis ablegte: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeiterschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr.“

## Stumpfsinn in höchster Potenz!

Der unsern Lesern fastjam bekannte Herr Thranert ist es, der diese hohe Meinung vom „Korr.“ hat. In Nr. 2 des von ihm mitgeleiteten Ledertschneidertorgans äußert er sie. Und zwar, weil der „Korr.“ in seiner Nr. 3 davon Notiz genommen hatte, daß ein Wünder sich in einem schriftlichen Bericht aus Soldin über die tariflichen Verhältnisse günstig ausgesprochen habe, während es in Wirklichkeit gar keine Arbeitsdrucker in Soldin gibt und die Offizin, wo der betreffende Wünder tonböhnt, obendrein arge Bekehrungssucht (8 Bekehrte bei 1 Gehilfen) treibt. Darob hat Thranert ein gewaltiger Wutausbruch. Soldin sei vom „Typ.“ gar nicht genannt worden. Der „Korr.“ aber wäre so „dummfroh“ gewesen, „der Welt glauben zu machen, daß in jenem Orte neben drei Wündern auch ein Gutenbergsdrucker und eine ganze Herde Bekehrte beschäftigt seien, von denen ausgerechnet der Gutenbergsdrucker an die Bezirksversammlung des Verbandes berichtet habe, es sei tariflich alles in Ordnung. Das ist Stumpfsinn in höchster Potenz!“

Dummfroh ist es allerdings, daß die händlerische Oberleuchte abschwindelt, was im „Typ.“ klar und deutlich zu lesen ist, und daß er den Schauplatz der Handlung in eine Verbandsversammlung verlegt. Wo von nie im Bundesorgane die Rede gewesen sein soll, nimmt sich nämlich in Nr. 32 des „Typ.“, Jahrgang 1910, in dem Bericht über eine Bezirksversammlung des Gutenbergsbundes in Prenzlau folgendermaßen aus:

Kollege Bösch (Soldin) hatte einen schriftlichen Bericht gefandt, da es ihm wegen der schlechten Verbindung nicht möglich sei, persönlich zu erscheinen. Aus allen Berichten ging hervor, daß die tariflichen Verhältnisse zufriedenstellend sind.

Herr Thranert ist in dem kurzen Zeitraum seines Amtierens als Vorsitzender und Redakteur i. V. des „Typograph“ schon recht erfolgreich gewesen. Als Vorsitzender hat sich sein agitatorisches Talent als veritable Stumpfsinn erwiesen, der obendrein dem Gutenbergsbunde sehr teuer zu stehen kommt. Als Redakteur hat sich diese händlerische Eigenschaft aber in höchster Potenz gezeigt. Der Fall Soldin ist der neuste Beweis dafür. Dann haben wir ihm erst in Nr. 3 bedeutet, wie schön er vorbeizuleiten versteht. Es handelte sich da um eine Klümmenke-Behauptung, die Paulus der Starke im Bundesinteresse entgegen bestritt und dafür eine bestimmte Nummer und einen bestimmten Artikel von Jakob Klümmen in „Korr.“ zum Beweise anführte, während die betreffende, der Neutralität des Verbandes günstige Auslassung von Klümmen drei Nummern später zu finden war. Selbstverständlich schleimte sich Thranert auch bei der Gelegenheit höchst undrücklich gegen den „Korr.“ aus. Zuvor war der kapitale Fall von Stumpfsinn zu verzeichnen gewesen, daß Thranert über die soeben erst beginnenden Herbstbezirksversammlungen des Prinzipalvereins bereits ein abschließendes Urteil im „Typ.“ abgab, das höchst befriedigend lautete hinsichtlich eines billigen Entgegenkommens der Prinzipale in der Lohnfrage bei der Tarifrevision, während später und offiziell gar nichts darüber zu lesen war und hinten herum gar entgegengesetzte Mitteilungen durchfickerten.

Der Stumpfsinn Thranerts ist aber gepaart mit Gemeingefährlichkeit. Die hat er jüngst wieder an den Tag gelegt mit einer unglücklich blöden Aufputschung der Zentrumspreffe gegen den Verband, indem er diesen Wältern eine vom „Korr.“ angezettelte Verschwörung gegen ihre Druckerereien und deren Betriebsfähigkeit einflüßerte. Daß er vor dem in Nachbetung unrer Scharfmacherorgane aus einer Artikelserie des „Korr.“ eine Aufforderung und Vorbereitung zur passiven Resistenz herausgelassen hatte und diese Behauptung ausdrücklich aufrecht erhält, und daß er im „Typ.“ vom 20. Januar angelegliche Äußerungen der Kollegen Böblin und Waffsin von neuem bringt, obwohl das längst schon als Unwahrheit festgestellt und zurückgewiesen worden ist, zeigt die Gemeingefährlichkeit dieses Wurfes, dessen Dummfrohheit ja schon eine auffallende Eigenschaft von Anfang seiner Buchdruckerlaufbahn an war.

Stumpfsinn in höchster Potenz — Thranert konnte seine redaktionellen Leistungen gar nicht treffender charakterisieren! Es ist selber schon viel Unfuss und gefährliches Zeug in dem Organe für wahre Kollegialität und echte Nächstenliebe verzapft worden, jetzt aber haben der Stumpfsinn in höchster Potenz und die Gemeingefährlichkeit vom „Typograph“ Bestig genommen.

Und aus einem solchen Wälte schöpfen die christlichen Organe und die hinter diesen stehende Presse zum Teil das Material gegen unsern Verband und den „Korr.“, erleben dabei die empfindlichsten Blamagen, aber führen diesen ruhmlosen Kampf weiter — kann es ein traurigeres Schauspiel geben?

## Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

### Die Krankenversicherung im Jahre 1909.

Die amtliche Statistik über die Krankenversicherung erschließt immer sehr spät. Im Dezemberhefte des Jahres 1910 finden wir erst die Hauptergebnisse für das Deutsche Reich, die Jahre 1905—1909 umfassend, vor. Bevor hierauf eingegangen werden soll, ist noch zu erwähnen, daß am 1. Dezember 1909 25 Jahre verstrichen waren, daß das Reichsgesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, jetzt Krankenversicherungs-gesetz genannt, besteht. Das Gesetz, als erstes auf sozialpolitischem Gebiete, trat im Dezember 1884 in Kraft. Mit diesem Gesetze gelangte die Zwangsversicherung zur Einführung, während man vorher nur auf Selbsthilfe angewiesen war. Vor dem Jahre 1884 bestanden natürlich auch schon mancherlei Kassenarten und Unterstützungseinrichtungen. Für die Vergleiche bestanden die Knappschaftskassen — statistisches Material pro 1909 liegt über diese Kassen noch nicht vor —, ferner bestanden die sogenannten Gesellenlaben, aus denen sich Gesellenverbände zur gegenseitigen Unterstützung der Witwen und Gemeinden entwickelten. Auch bei den Buchdruckern finden wir vor dem Jahre 1884 schon Krankenkassen. So berichtet die Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin in ihrem Rechenschaftsberichte pro 1909, daß schon im Jahre 1781 von 20 Buchdruckern Berlins die Gründung einer „Aranken- und Wiatikumskasse“ beschlossen wurde und diese Gründung der Anfang der heute etwa 24000 Mitglieder zählenden Ortskrankenkasse ist. So genannte Hauskassen wurden ebenfalls lange vor dem Jahre 1884 errichtet, und zwar in den verkehrsreichsten Orten resp. Druckerorten. So hieß auch den Berliner Buchdruckern der Kampf um ihre Kasse nicht erspart, denn schon am 24. September 1796 eröffnete eine der damaligen größeren Buchdruckereien Berlins, die Ungerische Buchdruckerei, eine neue Krankenkasse für ihr Personal, welche mit 19 Mitgliedern ihre Tätigkeit begann, 1806 aber schon auf ein halbes Jahr ihre Tätigkeit einstellte und sich 1815 gänzlich auflöste. Die Mitgliederzahl betrug damals 61.

Nachdem im Jahre 1848 eine Nationalbuchdrucker-Versammlung zu Mainz den Beschluß gefaßt hatte, daß die verschiedenen Buchdruckerunterstützungskassen mit ähnlichen Kassen in Gegenseitigkeit treten und ihren Anschluß an die Deutsche Buchdrucker-Vereinigung annehmen, nahm man auch in Berlin hierzu Stellung. Die Folge war 1849 die Gründung einer „Vereinigten Aranken-, Sterbe- und Wiatikumskasse“ sowie einer Invalidenkasse, ebenso die Gründung einer Prinzipal-Kasse. Mit Gründung des „Verbandes der Deutschen Buchdrucker“ wurde die Frage akut, ob es im Interesse der Arbeiter liege, die lokalen Wiatikumskassen weiter bestehen zu lassen. Ummäßig gelang es, die Mitglieder davon zu überzeugen, das Wiatikum von den Krankenkassen zu trennen und die Ausgaben derselben den bestehenden Vereinigungen, z. B. dem Verband usw., zu überlassen. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß vielfach die Buchdrucker sich anfangs gar nicht an die Zwangsversicherung — Ortskrankenkassen — gewöhnen konnten. Sie betrachteten diese Kassenform als eine bureaukratische Einrichtung und zogen als Mitglieder des Unterstützungsvereins resp. des Verbandes die damalige freie Hilfskasse — Zentralaranken- und Begräbniskasse — vor. Erst nachdem diese Kasse im Jahre 1892 bei der Reorganisation des Verbandes aufgelöst worden, mußte die Ausnahme aller Buchdrucker in die Ortskrankenkassen, oder wenn die betreffende Drucker eine Betriebskrankenkasse errichtet hatte, in diese erfolgen. Überall betrachteten unsere Kollegen es nunmehr als ihre Pflicht, für den weiteren Ausbau der Versicherung usw. einzutreten. Sehr bald gelang es auch, Kollegen als Generalversammlungsvorsteher und Vorstandspersonen zu wählen. Mit ihrer Hilfe traten dann vielfach an Stelle der Minimalleistungen höhere Leistungen. So geht auch die Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin bei Krankenhauspflanze, wenn sie auf Verfügung des Kassenvorstandes eintritt, einen Zuschuß an Unverheiratete; an Verheiratete sogar in Höhe des vollen Krankengeldes. Weiter genährt die Kasse ein Krankengeld für die Dauer von 52 Wochen sowie für diejenigen Feiertage, welche auf einen Wochentag fallen. Endlich genährt die Kasse noch eine Schwangerenunterstützung, ein Begräbnisgeld in Höhe des vierzigfachen Betrags des durchschnittlichen Tagelohns der in Frage kommenden Klasse statt des zwanzigfachen, sowie ein Begräbnisgeld für Ehefrauen der Mitglieder und für Kinder bis zu 16 Jahren.

Was nun das in „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte statistische Material anbetrifft, so ergibt sich daraus, daß die Kassensprengelteilung immer noch eine sehr große ist. So wurden im Jahre 1909 gezählt: 8264 Gemeinden, 4775 Orts-, 7974 Betriebs-, 45 Haus-, 801 Innungskassen, sowie 1286 eingetragene und 144 landesrechtliche Hilfskassen; insgesamt 23270 verschiedene Kassen. Die Mitgliederzahl betrug bei allen Kassen 12510785. Davon gehörten den Ortskrankenkassen allein 6504585 an. Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungs-

fälle betrug bei allen Kassen 5045793, die der Krankheitsstage (nur Krankengeld- und Krankenanstaltsstage) 103368412. Die Krankheitskosten beliefen sich auf 305710294 Mk. Davon erzielten die Ärzte für Behandlung der Mitglieder usw. ziemlich den fünften Teil der Ausgaben für Krankheitskosten, nämlich 71335248 Mk. Von den so viel angeforderten Ortskrankenkassen erhielten die Ärzte davon allein 34354480 Mk. Für Arznei und Heilmittel gaben sämtliche Kassen 44470182 Mk. und für Krankengelder 134456435 Mk. aus. Dann folgen noch die Ausgaben für Schwangeren- und Wöchernerinnenunterstützung, für Sterbegelder, Unfallkostenverpflichtung und zur Fürsorge für Rekonvaleszenten. Für die Rekonvaleszenten wurden bei allen Kassen nur 210492 Mk. ausgegeben, und zwar: Gemeindefrankenversicherung 382 Mk., Ortskassen 156837 Mk., Betriebskassen 45931 Mk., Hauskassen 31 Mk., Innungskassen 1801 Mk., eingeschriebene und landesrechtliche Hilfskassen 5510 Mk. über die wichtige Frage der Familienfürsorge enthält die amtliche Statistik gar kein Material.

Der Verlag der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ hat nun kürzlich die Hauptergebnisse von 310 Ortskrankenkassen aus dem Jahre 1909 veröffentlicht, aus denen einige Zahlen über die Familienfürsorge zu ersehen sind. Geschiedlich können die Krankenkassen bei Einführung der Familienfürsorge besondere Zuschüsse erheben. Von den 310 Kassen haben 30 hiervon Gebrauch gemacht. Die Zahl der Kassen, die die Familienfürsorge ohne Zuschüsse eingeführt haben, ist jedoch erheblich höher. Wieviel diese sind und wie hoch sich die Leistungen gestalten, darüber enthält auch die Statistik der Arbeiterversorgung absolut nichts. Nur über die vorstehend erwähnten 30 Kassen mit Zuschüssen liegen einige Zahlen vor. Danach gaben z. B. für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel für die Angehörigen der Mitglieder aus: Bremen 88660 Mk., Frankfurt a. M. 273442 Mk., Kiel 96243 Mk., Stuttgart 401939 Mk., Wiesbaden 18490 Mk.

Aus den mit sonst vorliegenden Geschäftsberichten pro 1909 dürfte noch folgendes erwähnenswert sein: Die Ortskrankenkasse Wera macht in ihrem Geschäftsbericht darauf aufmerksam, daß mit der Erweiterung der Familienversicherung am 1. Januar 1906 sich eine Änderung des Arztertrags notwendig gemacht habe. Diesem Abschlusse stellten sich aber ganz besondere Schwierigkeiten entgegen. Der Ärzterein stellte Forderungen, bei deren Unbefriedigung der Kassenvorstand gezwungen gewesen wäre, bei der Generalversammlung die Aufhebung der Familienversicherung zu beantragen. Nach längeren Verhandlungen gelang es endlich noch, einen Betrag auf der Grundlage des bisherigen Vertrags abzuschießen, die Pauschalsumme wurde von 5 Mk. auf 6,75 Mk. erhöht usw. Diese Kasse genährt den Ehefrauen und Kindern unter 14 Jahren von Mitgliedern ohne Erhebung von Zuschüssen; wenn letztere zweieinhalb Monate der Kasse angehören, im Falle der Erkrankung bis zu 26 Wochen kostenfrei ärztliche Behandlung durch die Kassenärzte und im Falle des Todes ein Sterbegeld von 10 bis 45 Mk. für die Ehefrauen und von 6 bis 27 Mk. für die Kinder. Im Jahre 1909 wurden 1401 Ehefrauen und 3816 Kinder ärztlich behandelt. Hierfür wurden 25024 Mk. Arzthonorar bezahlt = 27,5 Proz. des Gesamthonorars. Trotzdem die Einführung der Familienversicherung den Ärzten, wie vorstehendes Beispiel beweist, ganz schöne Nebeneinnahmen bringt, verdienen dieselben doch durch Erheben von unerfüllbaren Forderungen die Familienversicherung zu gefährden. In Halle a. S. ist z. B. der Arzterein in der Hauptsache wegen der Familienversicherung bei der dortigen Kaufmännischen Ortskrankenkasse ausgebrochen. Die Ortskrankenkasse zu Jena macht in ihrem letzten Berichte darauf aufmerksam, daß die Familienversicherung weitere Fortschritte gemacht habe und von 1608 Mitgliedern in Anspruch genommen worden sei. Die Anwendungen für diese Versicherung sind erheblich höher als was die Beiträge (die Kasse erhebt hierfür Zuschüsse) einbringen. Diese bedürfen nur etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben. Immerhin bringt die Kasse gern dieses Opfer, kommt es doch zumeist den sechsten Versicherten zugute, welche im Laufe der Jahre in erster Linie den Reservefonds erbrachten. Die gemeinsame Ortskrankenkasse zu Rönigsberg genährte den Ehefrauen und Kindern der Mitglieder sowie den Wätern und Geschwister, die mit diesen in einem Hausstande leben und von ihnen unterhalten werden, freie ärztliche Behandlung (außer Zahnartz) auf die Dauer von 13 Wochen. Ein Unfallkostenpflichtig, wird 50 Pf. zu den Kurkosten beigetragen. Die etwa 8000 Mitglieder zählende Ortskrankenkasse zu Meissen gab 1909 insgesamt 17353,32 Mk. für die Familienversicherung aus, und zwar: 15595,30 Mk. für Arztkosten und 1758,02 Mk. für Kurkostenbeiträge. Die gemeinsame Ortskrankenkasse zu Bittau weist darauf hin, daß sich im Jahre 1909 die Familienunterstützung bzw. -behandlung als besonders segensreich erwiesen habe. Die Anwendungen für Angehörigenbehandlung betrugen in 2039 Krankheitsfällen 14492,34 Mk., außerdem sind für 99 Kinder und 15 Ehefrauen 1073,22 Mk. Sterbegelder gezahlt worden.

Die angeführten Beispiele dürften zur Genüge bewiesen haben, daß die Familienversicherung tatsächlich als eine segensreiche Einrichtung zu betrachten ist. Bedauerlich ist nur, daß dieselbe nicht zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen gehört, sondern die Einföhrung derselben nur in das Belieben der Kassen gestellt ist. Hierzu kommt dann noch, daß die Ärzte die Einföhrung der Familienfürsorge durch hochgepaunte Forderungen gefährden. Dabei befinden sich die Aus-

gaben für ärztliche Behandlung, Heilmittel, Verpflegungskosten in den Krankenhäusern usw. in fortwährendem Steigen. Gegenüber dem Jahre 1908 stieg bei den meisten Kassen die Mitgliederzahl im Jahre 1909. Trotzdem klagen noch eine Anzahl Kassen über ungünstige Verhältnisse. Um die Einnahmen in den Ausgaben in Einklang zu bringen, machte sich verschiedentlich eine Erhöhung der Beiträge erforderlich. Infolge der Steigerung aller hauptsächlichsten Ausgabenposten sahen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter diese Maßnahme als unumgänglich notwendig an. Wenn dann noch die Erhöhung der Mindestleistungen, Einführung der Familienversicherung usw. mit ins Auge gefaßt wird, so kommen auch die Mitglieder nebst Angehörigen dabei auf ihre Rechnung. Möge deshalb der weitere Ausbau der Krankenkassen stets als das erstrebenswerteste Ziel seitens der Vorstände betrachtet werden.

Halle a. S. M. Süldenbergr.

## Aus den Jahresberichten 1910.

**Ansbad.** Der Geschäftsgang im Jahre 1910 war hier ein sehr guter zu nennen. Es fanden acht Versammlungen statt, die von durchschnittlich 45 Kollegen — 60 Proz. (gegen 50 Proz. im Vorjahre) besucht waren. Gauvorsteher Seitz referierte über das Thema: „Der Verband und die gegenwärtige Situation“. Der Mitgliederstand betrug zu Anfang des Jahres 69, am Ende 80, dem drei Nichtmitglieder gegenüberstehen. Durch einen freiwilligen Extrabeitrag wurden anlässlich der Bauarbeiterausperrung 116,75 Mk. aufgebracht. — **Auerbach.** Im abgelaufenen Jahre fanden elf Monatsversammlungen und eine Generalversammlung statt. Der Besuch der Versammlungen ließ zu wünschen übrig. Der Mitgliederstand betrug am Anfang wie am Ende des Jahres 34. Diesen 34 Mitgliedern steht ein Wilder gegenüber, während der Gutenbergsbund trotz seiner Agitation nicht vertreten ist. Eine nichttarifreue Druckerei ist noch zu verzeichnen. Vorträge wurden drei gehalten, und zwar referierte Kollege Wilhelm (Aue) über: „Kranken- und Invalidenversicherung“, Kollege Krahl (Leipzig) über: „Unsere Organisation und ihre Aufgaben“, und Kollege Dähnel (Chemnitz) über: „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe in Berücksichtigung der Gauvorsteherkonferenz“. Den Bauarbeitern wurden 21 Mk. bewilligt durch Erhebung eines Extrabeitrags. — **Auerbach-Gleisdorf-Hallenstein.** Die Vereinsgeschäfte wurden in einer Generalversammlung, einer außerordentlichen Hauptversammlung, einer Extraversammlung und neun Monatsversammlungen erledigt. Diese Versammlungen wurden im Durchschnitt von acht Kollegen besucht. Der Mitgliederstand betrug Anfang des Jahres 12, Ende des Jahres 15. Die dem stehen in Auerbach ungefähr 15 und in Hallenstein 4 Nichtverbändler sowie ein Gutenbergsbündler gegenüber. Kollege Dähnel (Chemnitz) hielt einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Lage und das Verhalten der Mitglieder hierzu“. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 10 Mk. bewilligt. — **Dani-Wilhelmshaven.** Sämtliche sieben Druckereien an Orte sind tarifreue und beschäftigen zurzeit 81 Verbandsmitglieder; nicht organisationsfähige Gehilfen drei, darunter der Bruder eines Prinzipals. Martz Gutenbergsbund ist seit einigen Jahren nicht mehr vertreten. Das Versammlungsleben unserer Mitgliedschaft hat sich gegen das Vorjahr um etwas gebessert, wozu sicherlich die gehaltenen Vorträge beigetragen haben. Es waren folgende: Rhein (Bremen): „Politik und Gewerkschaften“, (Schhoff (Bremen): „Zeitgemäße Druckausstattung“, (Ostia (Bremen): „Bericht von der Gauvorsteherkonferenz“, (Grafmann (Berlin): „Die gegenwärtige Lage unter Berücksichtigung der kommenden Tarifbewegung“, Gauvorsteher Albrecht (Essen): „Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen“. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden an freiwilligen Beiträgen 137,02 Mk. aufgebracht, denen aus der Ortskasse noch 50 Mk. hinzugefügt wurden. Mitgliederstand am Anfang des verfloffenen Jahres 71, am Schlusse des Jahres 81. — **Baugen.** Auf das verfloffene Geschäftsjahr kann unser Ortsverein insofern mit Genugtuung zurückblicken, als die Mitgliederzahl von 54 auf 62 gestiegen ist; außer diesen 62 Mitgliedern konditionieren hier fünf von der Marke N.-V. Wenig befriedigend war der Versammlungsbesuch, der nur 45,8 Proz. betrug, d. h. 11,6 Proz. weniger als 1909. Zehn Kollegen besuchten gar keine und nur fünf Kollegen sämtliche Versammlungen, an denen zehn (darunter eine Generalversammlung) stattfanden. Unsere Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft bekundeten wir durch Bewilligung von 25 Mk. an die hiesigen streikenden Stellmacher sowie von 40 Mk. an die ausgesperrten Bauarbeiter; für die letzteren wurden außerdem 365 Extrabeiträge im Betrage von 92,25 Mk. an den Gauvorstand abgeliefert. Kollege Reichenbach (Dresden) referierte über: „Die Situation im Verbands“. Die tariflichen Verhältnisse sind befriedigende. Der Geschäftsgang von 1910 war besser als 1909; denn trotz Aufstellung einer weiteren Sechsmaschine hatten wir einen Zuwachs von acht Mitgliedern. — **Witterfeld.** Unser Ortsverein erfreute sich im abgelaufenen Jahr eines sehr guten Versammlungsbesuchs. Dementsprechend war auch der kollegiale Verkehr ein guter zu nennen. Die tariflichen Verhältnisse können als geregelte bezeichnet werden. Der Mitgliederstand betrug 17. Der „Korr.“ ist vom 1. Januar ab obligatorisch eingeführt. Gauvorsteher König (Halle) sowie Bezirksleiter Lingner (Dessau) hielten je einen zeitgemäßen gewerkschaftlichen Vortrag.

**Diedrichshofen.** Unser Mitgliederstand betrug Ende 1909 28, Ende 1910 27, dem ein Wilder und in dem dem

**Ortsverein angeschlossenen Druckorte** hängen ein Gutenbergsbündler (der bei einem Buchhändlermeister konditionieren soll) und zwei weitere Wilde gegenüberstehen. Es fanden zwölf ordentliche Versammlungen statt; die durchschnittlich von 50 Proz. der Kollegen besucht waren. Außer einem Bericht über die Bezirks- und Gauvorsteherkonferenz durch den Bezirksvorsitzenden Bod haben wir leider keine Vorträge zu verzeichnen. Die Mitglieder Kollegen sind im Laufe des Jahres aus dem Ortsverein ausgetreten. Der Geschäftsgang am Ort war ein ruhiger. — **Donaudörth.** Die im abgelaufenen Jahr abgehaltenen sechs Versammlungen waren alle gut besucht. Gauvorsteher Seitz hielt einen Vortrag über: „Der Verband und die gegenwärtige Situation“. Die ausgesperrten Bauarbeiter wurden mit 45 Mk. unterstützt; die Hälfte dieses Betrags wurden mit 45 Mk. unterstützt; die Hälfte dieses Betrags wurden mit 45 Mk. unterstützt. Der „Korr.“ ist obligatorisch eingeführt, für jedes Mitglied ein Exemplar, und wird fleißig gelesen. Der Mitgliederstand ist der gleiche wie am Schlusse des Vorjahrs (38). **Elberfeld.** Der Geschäftsgang in unserm Gewerbe war im verfloffenen Jahr am hiesigen Ort ein wesentlich besser als in den beiden Vorjahren, wozu die Dreihundertjahrfeier der Stadt Elberfeld ein gutes Teil mit beigetragen haben dürfte. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden in zehn Mitgliederversammlungen erledigt, die im Durchschnitt von einem Drittel der Mitglieder besucht wurden. Vorträge wurden folgende gehalten: „Die deutsche Sprache und ihre Auswüchse“ (Kollege Bröpker [Düsseldorf]); „Männerkrankheiten“ (Dr. Gros [Elberfeld]); „Die Weltwirtschaft und ihre Bedeutung, mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinteressen“ (Redakteur P. Suss [Dessau]); „Die Tendenzen der Reichsversicherungsordnung“ (Arbeitersekretär Krüger [Wormen]); „Die Tarifverträge und ihr Wert für die Gewerkschaften“ (Kollege Born [Düsseldorf]); „Die Sparten im Rahmen des Verbands“ (Kollege W. Niefer [Röln]); „Die Bräuterei Weltausstellung, mit besonderer Berücksichtigung des Unternehmenseins“ (Dr. Erdmann [Röln]); ferner ein Vortrag mit Rezitation „Fris Reuters Leben und Werke“ (Kollege W. Moistenbühler [Elberfeld]), sowie ein Nichtbildervortrag: „Juden, die alte Bundeswelt der Tempel und Palmen“ (Th. Meengen [Dresden]). Kollege Emil Karp erstattete den Bericht von einer stattgehaltenen Kreisamtsitzung, während der Vorsitzende Marschall den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz zu Gehör brachte. Zugleich die Sechsmaschine weiteren Einzug hielt, ist die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr gestiegen; während sie Ende 1909 335 betrug, ist sie am Schlusse des Berichtsjahrs auf 370 angewachsen. Am hiesigen Orte sind noch 42 Nichtmitglieder einschließlicher Faktoren usw. vorhanden. Der Mitgliederstand des Gutenbergsbundes ist derselbe wie früher; seine Verluste, die Mitgliederzahl zu erhöhen, fanden keinen Anklang, trotz aller eifrigsten Agitation. Nach unseren Informationen sind hier 35 Gutenbergsbündler vorhanden. Es steht fest, daß diese Zahl nicht der immerwährende Bestand des Gutenbergsbundes, sondern ein vorübergehender Zustand ist, indem die Zahl sich durch gewisse Stellen für diese Marke. Das „Korr.“-Obligatorium (zwei Kollegen ein Exemplar) besteht schon seit Jahren. Der Ortsverein ist der Zentralbibliothek angeschlossenen. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurde ein wöchentliches Extrabeitrag von 10 Pf. für die Dauer der Aussperrung erhoben; einschließlicher der auf Sammelkosten eingegangenen Beträge wurden 319,15 Mk. abgeführt. Um eine bessere Verständigung in eventuellen Fällen innerhalb der verschiedenen graphischen Verbände herbeizuführen, wurde ein sogenanntes graphisches Kartell gegründet, dem wir mit zwei Delegierten angehören. Unsere Typographische Vereinigung gibt sich alle Mühe, ebenso wie die verschiedenen hiesigen Spartenvereine, die technischen Kenntnisse der Kollegen zu bereichern. Vom Kollegenangehörigen „Gutenbergs“ ist in jeder Hinsicht ebenfalls nur Gutes zu berichten. — **Erlangen.** Unser Mitgliederstand betrug am Anfang des Jahres 47, am Schlusse des Jahres 48. Der Geschäftsgang war unbefriedigend. Ebenso ließ der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig, denn nur 55 Proz. der Mitglieder hielten es der Mühe wert, die Versammlungen zu besuchen. An die ausgesperrten Bauhandwerker wurden 50 Mk. abgeliefert, welcher Betrag durch eine Extrasteuer aufgebracht wurde. — **Glüdingen.** In neun Versammlungen wurden die Geschäfte des Ortsvereins erledigt. Vorträge wurden gehalten über: „Verband, Sparten und Tarifgemeinschaft“ (Kollege Pfand), „Die Reichsversicherungsordnung“ (Arbeitersekretär G. Kennigott), und „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe“ (Gauvorsteher Knie [Stuttgart]). Der Versammlungsbesuch war ein guter zu nennen. Am Anfang des Jahres hatte der Ortsverein 63, am Schlusse 66 Mitglieder. Konditionslose waren fast das ganze Jahr über vorhanden. Vier Nichtmitglieder stehen uns gegenüber. Der Tarif ist in allen Druckereien anerkannt. Alle Neuausgeleiteten traten dem Verbands bei. Die Beziehungen zu den übrigen Gewerkschaften sind als gut zu bezeichnen. Die ausgesperrten Bauarbeiter wurden mit 43,50 Mk. unterstützt.

**Freudenstadt i. Schw.** Im verfloffenen Jahre wurden elf Versammlungen abgehalten, die zum Teil schlecht besucht waren. Die tariflichen Verhältnisse sind als gute zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Jahres schloß sich unser Ortsverein dem neugegründeten Gewerkschaftsverband an. An Opferwilligkeit ließen es die Kollegen besonders bei der Bauarbeiterausperrung nicht fehlen.

**Glück.** Unser Ortsverein, der im Januar 1910 gegründet wurde, entwickelte im verfloffenen Geschäftsjahr eine rege Tätigkeit. Der Mitgliederstand betrug am Anfang des Jahres 19, zu Ende 17. Unsere Mitglieder verteilen sich auf drei tarifreue Druckereien, die vierte (Ar-

beitsdruckerei) beschäftigt nur Gutenbergsbündler. Der Versammlungsbesuch war ein reger, und waren die zwölf Monatsversammlungen im Durchschnitt sehr gut besucht. — **Großsch-Pegau.** Hier war der Geschäftsgang im verfloffenen Jahr ein guter. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 25 Ende 1909 auf 39 am Schlusse von 1910. Nur ein Nichtmitglied ist vorhanden. Gutenbergsbund: — Abgehalten wurden elf Versammlungen, davon je zwei in Pegau und Zwenkau, die übrigen in Großsch. Besuch durchschnittlich 21,5 Mitglieder. Vier Versammlungen waren mit einem Vortrage bedacht. Es wurden folgende Themen behandelt: „Frankreich vor den Sturmjahren 1789—1794, ein Kapitel zur Kulturgeschichte“ (Kollege R. Grünler); „Die gegenwärtige Lage“ und „Bericht über die Gauvorsteherkonferenz“ (Kollege O. Große [Chemnitz]); „Streifzug durch die modernen Gewerkschaften“ (Kollege R. Grünler); „Die Unternehmerverbände der Gegenwart“ (Kollege Krahl [Leipzig]). Den ausgesperrten Bauarbeitern wurden 20 Mk. aus der Ortskasse überwiesen, welche Summe durch eine wöchentliche Extrasteuer von 10 Pf. wieder eingebracht wurde. — **Guben.** Das Jahr 1910 war ein äußerst arbeits-, aber auch erfolgreiches. Sämtliche Firmen haben den Tarif anerkannt. Weiter galt unsere Arbeit den benachbarten Orten Sommerfeld und Kroffen a. D. Im ersteren Orte sind wir an dem Erfolge, daß alle drei Druckereien den Tarif anerkannt und ein Ortsverein von 18 Mann gegründet werden konnte, mitbeteiligt. In Kroffen war bisher nur eine Ausnahme zu ermöglichen. Am Orte Guben selbst konnten wir die Gründung eines graphischen Klubs realisieren. Ein Antrag beim Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule um Einführung des Zeichenunterrichts für unsere Lehrlinge fand Gehör. Versammlungen wurden 13 abgehalten, die eine durchschnittliche Besucherzahl von zwei Dritteln der Mitglieder aufwiesen. Vorträge hörten wir zwei von unserm Bezirksvorsitzenden Otto Müller (Frankfurt a. D.) über „Die Reichsversicherungsordnung“ und „Unsere Tarifbewegung“. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 36, am Schlusse 38 Kollegen; die Höchstzahl war 42. In solidarischer Weise veranlaßten wir eine Sammlung für einen in Not geratenen Kollegen und konnten den ausgesperrten Bauarbeitern einen ansehnlichen Betrag überwiesen, der teils durch Sammelkosten, teils durch Extrabeiträge und einen Betrag aus der Ortskasse aufgebracht wurde.

**Ilmenau.** Die Verhältnisse sind in den fünf tarifreuen Druckereien im vergangenen Jahre gute gewesen. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden in einer Generalversammlung, einer außerordentlichen Versammlung und elf Monatsversammlungen erledigt. Die Versammlungen waren durchschnittlich von zwölf Kollegen besucht. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 20, am Ende des Jahres 25 (einschließlich eines Kollegen in Egersburg). Die Firma Köpberg in Langewiesen mußte aus dem Verzeichnisse der tarifreuen Druckereien gestrichen werden. Sämtliche hier beschäftigten Kollegen sind Verbandsmitglieder.

## Korrespondenzen.

**Ansbad.** In der am 9. Januar abgehaltenen Generalversammlung waren von 80 an Orte konditionierenden Mitgliedern leider nur 47 erschienen. Der Vorsitzende Fiedler gab einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr, das sich für die hiesige Mitgliedschaft in ziemlich ruhigen Bahnen bewegte. Aus dem Stassenberichts des Kassierers Weierstorff war zu entnehmen, daß sich der Kassenbestand von 364,87 Mk. auf 568,63 Mk. hob. Bei der Neuwahl des Ausschusses traten verschiedene Veränderungen ein; Vorsitzender und Kassierer wurden wiedergewählt. Zwei Neuaufnahmen fanden die Zustimmung der Generalversammlung.

**Aue i. Erg.** Am 14. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

**Baugen.** In der am 14. Januar abgehaltenen Generalversammlung hatte sich ein verhältnismäßig guter Besuch zu erfreuen; anwesend waren 39 Kollegen. Während die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers glatte Erledigung fanden, nahmen die Wahlen längere Zeit in Anspruch. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Katho, erklärte sich schließlich nur unter der Bedingung zur Wiederannahme bereit, daß ihm im neuen Jahre mehr Unterstützung durch regen Versammlungsbesuch zuteil wird. Die Erledigung der andern Wahlen ging glatt vorstatten. Eine rege Debatte zeitigte der Punkt „Tarifrevision“. Das Resultat der Aussprache war die Annahme entsprechender Entwürfe. Nachdem noch auf das am 28. Januar stattfindende Wintervergügen hingewiesen und um zahlreiche Beteiligung ersucht worden war, trat Schluß der Versammlung ein.

**Gottesberg.** Die Generalversammlung am 14. Januar war vllzählig besucht. Nach der Genehmigung des Jahresberichts und der Berichte über die Kasse und die Bibliothek erfolgte die Vorstandswahl, wobei die Kollegen König und Wetzlar als Vorsitzender bzw. Kassierer wiedergewählt wurden. Die Posten des Schriftführers und des Bibliothekars wurden neu besetzt. Eine längere, eingehende Debatte zeitigte der folgende Tagesordnungspunkt: „Anträge zur Tarifrevision“. Nachdem noch beschlossen worden war, die Anträge zur Bezirks-, Gau- und Generalversammlung des Verbandes in einer außerordentlichen Versammlung zu beraten, sowie von einer Feier des

Stiftungsfestes in diesem Jahr abzusehen, hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

**Hamburg.** (Verein der Stereotypen und Galvanoplasten.) In der Generalversammlung vom 8. Januar konnte eine rege Beteiligung konstatiert werden. Es wurden elf Kollegen aufgenommen. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende die Anträge zur Tarifrevidition bekannt, welche der Zentralkommission eingehendst werden sollen. Sie waren vorher von einer dazu gewählten Kommission in mehreren Sitzungen beraten worden und wurden nunmehr der Reihe nach mit kleinen Änderungen einstimmig angenommen. Der Kasfenbericht des vergangenen Jahres fand allgemeine Zustimmung. Die Vorstandswahl ergab die Wahl des Kollegen Mohr als ersten Vorsitzenden und des Kollegen Simon als Kassierer. Unter „Beschließenes“ wurde ein Antrag eingebracht, den anwesenden auswärtigen Kollegen eine größere Fahrgelebensfähigkeitszulage zukommen zu lassen, was auch angenommen wurde. Dann gab der Vorsitzende noch eine Firma bekannt, welche Hilfsarbeiter mit Gehilfenarbeit beschäftigt. Außerdem lernen dorfselbst die Lehrlinge statt in vier Jahren bereits in drei Jahren aus. Die anwesenden Kollegen, welche dort beschäftigt sind, erklärten sich bereit, dafür einzutreten, daß dort endlich einmal andre Zustände geschaffen werden. Nachdem noch angeregt worden war, das Ersuchen an die Gewerbestammer zu richten, bei Befähigungsprüfungen auch unseinerseits Gehilfen hinzuzuziehen, wurde die von 46 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

**Schor.** In der am 7. Januar abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Für die Bibliothek wurden 50 Mk. in Vorschlag bewilligt. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit der Geschäftsleitung der hiesigen Kapetenfabrik in Verbindung zu setzen und eine gemeinsame Besichtigung der Fabrik nachzusehen.

**T. Krefeld.** In der am 14. Januar abgehaltenen Monatsversammlung erstattete der Vorsitzende E. Kelenz den Jahresbericht, der ohne weitere Besprechung von den anwesenden 104 Kollegen (50 Proz.) sehr beifällig aufgenommen wurde. Sodann wurden den Verbandsleuten der einzelnen Offizinen Fragebogen überreicht, die auszufüllen sind bezugs Aufnahme einer Statistik über Einkommen, Steuern, Wohnungsmiete und Lebensunterhalt in den Jahren 1900, 1905 und 1910. Danach hielt Gauvorsteher Albrecht (Effen) seinen zweiten Vortrag: „Entwicklung der Gewerkschaften bis zum Falle des Sozialistengesetzes“. Mit großer Aufmerksamkeit lauschten die Kollegen den gediegenen Ausführungen des Redners, welcher die Arbeiterbewegung von den Jahren 1847/48 bis 1. Oktober 1890 lebhaft schilderte, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Verbandes. Die anderthalbstündige Rede rief den größten Beifall der Zuhörer hervor. Möchte dieselben lehrreichen Vorträge recht bald der dritte folgen! Nach Erledigung einiger drücklicher Angelegenheiten fand diese erste Versammlung ihren würdigen Abschluß. Der Besuch derselben wäre ein noch bedeutender gewesen, wenn nicht durch einen besonderen Zufall eine größere Offizin (40 Kollegen) an diesem Abende hätte überstunden machen müssen.

**Sandberg a. B.** Am 14. Januar fand im Vereinslokale die Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Anwesend waren von 36 Mitgliedern 31. Die „Redakteurparole“ glänzte durch Abwesenheit. Es müge hierbei bemerkt werden, daß unser Ortsvereinszeitung nicht weniger als drei Redakteure angehöre, und zwar verteilen sich diese auf das sozialdemokratische, das liberale und das konservative Organ. (Gewiß auch ein Beweis für die parteipolitische Neutralität unseres Verbandes.) Nachdem ein Kollege aufgenommen worden war, gab der Kassierer Wendlandt den Kasfenbericht, gegen den Einwendungen nicht erhoben wurden. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, an den sich eine kurze Debatte knüpfte. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des Vorstandes wurde Kollege Kutowsky zum Vorsitzenden, Kollege Schachschneider (der bisherige Vorsitzende) zum Kassierer gewählt. Auch der Schriftführer sowohl wie der Beisitzer konnten erfragen eine anderweitige Befähigung. Obgleich somit sämtliche Vorstandsposten neu besetzt wurden, ergaben sich keine Schwierigkeiten bei der Wahl. Es konnte — in erfreulichen Gegensatz zu anderen Jahren — konstatiert werden, daß sämtliche bei den verschiedenen Ämtern vorgeschlagenen Kollegen kandidierten und während der ganzen Wahlhandlung nicht ein einziges Mal das nur zu wohlbekannte leidige „Verzichte!“ zu hören war. (Bravo! Red.) An dem vom Kollegen Böhlig erstatteten Kartellberichte war besonders interessant, daß der Arbeiterausschüttentombund sich an das Gewerkschaftskartell zwecks Veranstaltung eines Lichtbildvortrags zum Preise von „nur“ 150 Mk. gewandt habe. Nach Erledigung einiger interner Sachen wurde die erste Versammlung im neuen Jahr in der üblichen Weise geschlossen.

**Neudamm.** Am 14. Januar fand die Generalversammlung unseres Ortsvereins statt, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. In dieser Versammlung konnten wir unsern stets gern gesehenen Bezirksvorsteher Otto Müller (Frankfurt a. D.) begrüßen. Nach Erstattung des Jahresberichts seitens des Vorsitzenden wurde der Kasfenbericht und der Bericht der Bibliothekare entgegengenommen. Alsdann wurde dem Gesamtverband Entlastung erteilt. Hierauf folgte die Vorstandswahl. Der Vorstand erhielt fast durchweg eine neue Zusammensetzung. Die Wahl, die im übrigen glatt

vonstatten ging, zeitigte in den Hauptposten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender A. Neumann, Kassierer G. König. Danach hielt uns Kollege D. Müller ein recht beifällig aufgenommenes Referat über: „Die diesjährige Tarifrevidition“. Über hierzu zu stellende Anträge soll in der nächsten Versammlung endgültig Beschluß gefaßt werden.

**Neumarkt i. Oberpfalz.** Am 5. Januar fand im Vereinslokale die Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins statt, die vollständig besetzt war. Nachdem der Kasfenbericht und ein kurzer Rückblick auf das vergangene Jahr von seiten des Vorsitzenden erstattet war, wurden die Wahlen vorgenommen, die folgendes Ergebnis zeitigten: Hans Reitmeier, Vorsitzender, Hans Nupprecht, Kassierer. Ein Rundschreiben des Gauvorstandes wurde zur Kenntnis gebracht. Der Bundesapostel Felder staltete auch uns hier einen Besuch ab, der natürlich ohne jeden Erfolg blieb. Mit unausgefüllten Aufnahmeformularen mußte er wieder abziehen, da in Neumarkt durchaus keine Gimpel zu fangen sind. Der Mitgliederstand beträgt gegenwärtig 10. Nichtverbandsmitglieder sind keine vorhanden. Das Obligatorium für den „Korr.“ wurde ab 1. November eingeführt (jedes Mitglied ein Exemplar), was von den Kollegen mit Freuden begrüßt wurde. Außerdem werden noch einige Fachzeitschriften auf Vereinskosten gehalten.

**Berchtesgarn.** In unserm am 14. Januar abgehaltenen Generalversammlung wählte man, da Kollege Binz sich zur Annahme einer Wiederwahl nicht entschließen konnte, den Kollegen E. Mendzig zum Vorsitzenden. Kassierer- und Schriftführerposten blieben in den bisherigen bewährten Händen. Bedauerlicherweise sah sich der Vorstand in der ersten Versammlung des Jahres gezwungen, einen Ausschlußantrag auf die Tagesordnung zu setzen, dem von der Versammlung stattgegeben wurde.

**Olda.** Am 14. Januar hielt der Ortsverein Olda seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen Überblick über das Vereinsleben im Jahre 1910, das im allgemeinen befriedigte. Die gestattete Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Klockenbusch als Vorsitzenden und des Kollegen Göbde als Kassierer. Mögen sich die Mitglieder in Zukunft noch mehr am gewerkschaftlichen Leben beteiligen!

**Pinneberg.** Am 7. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Der Kassierer verlas den Kasfenbericht. In der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurden u. a. gewählt: Kollege Hohmann als Vorsitzender, Kollege Rübiger als Kassierer. Sodann wurde eine Beitragsherhöhung einstimmig angenommen und ferner beschloffen, das „Korr.“-Vestelgebild aus der Ortstafel zu tragen. Unter „Eingängen“ erfolgten noch verschiedene Bekanntgaben. Betreffs Tagung des Gauvereins vor oder nach der Generalversammlung des Verbandes wurde beschloffen, denselben vor der Generalversammlung abzuhalten.

**Nadolszell.** In unser Generalversammlung wurde seitens des Vorsitzenden Stöbel ein ausführlicher Jahresbericht erstattet, welcher konstatiert, daß der Geschäftsgang in diesem Jahre zu wünschen übrig ließ, während in tariflicher Hinsicht die neunhündige Arbeitszeit erungen wurde. Die Neuwahlen brachten die Wiederwahl der seither amtierenden Kollegen. Bezüglich der zu gründenden Gauzusatzfrankenkasse wurde folgende Resolution angenommen: „Der Ortsverein Nadolszell nimmt Kenntnis von dem Entwurfe des Gauvorstandes bezugs Gründung einer Gauzusatzfrankenkasse. Er hält denselben für annehmbar, wenn das Zweiteinstufensystem beibehalten wird und stellt sich hinsichtlich des Inkrafttretens auf den Standpunkt der Freiburger Resolution.“ Ausgiebig wurde der Vorschlag der Sieger Kollegen, dieses Jahr ein gemeinschaftliches Johannisfest abzuhalten, besprochen und für die vorgesehene Kommission ein Delegierter gewählt. Ferner kamen noch lokale Angelegenheiten zur Sprache. Die Versammlung war von sämtlichen Mitgliedern besucht.

**Reudersburg.** Der Ortsverein „Gutenberg“ hielt am 14. Januar seine gut besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Von 26 Mitgliedern waren 22 erschienen; hoffentlich wird der gute Besuch in den nächsten Versammlungen derselbe bleiben. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Schriftführers wiedergewählt. Die Verwaltung der Bibliothek ging in andre Hände über.

**Schwab. Gmünd.** Die Generalversammlung unserer Mitgliedschaft fand am 15. Januar statt und war von fast zwei Dritteln der Mitglieder besucht. Die übliche Tagesordnung fand rasche Erledigung und ergaben die Neuwahlen keinerlei Änderung in der Besetzung von Vorstand und Ausschuß. Stoff zu lebhafter Aussprache gaben die bevorstehende Verbandsgeneralversammlung sowie die Tarifrevidition. Der jüngste Feldzug des Persplittererbundes gegen unsere Organisation wurde einer gründlichen Beleuchtung unterzogen. Auch im „Schwäbischen Rom“, wie man uns zu zwei Drittel katholische Stadt oft nennt, haben die Wandler oder vielmehr die von M. Labdach aus dirigierten christlichen Gewerkschaftssekretäre einen wenn auch nur schwächlichen Versuch gemacht, eine Wache in die feste Mauer der Verbandsorganisation zu legen. Bezeichnenderweise hat man nur die große katholische Druckerei mit einigen Exemplaren der „Berühmten“ Wochensche beglückt. Man achte wohl, welches Schicksal diesem Machwerke zuteil wurde, nachdem seither alle Bestrebungsversuche von christlicher Seite an der charaktervollen Haltung unrer christlich gesinnten Kollegen abprallten, und nachdem vor mehr als Jahresfrist der Bundesgeneral Felder, der auf einer

Sprihtour auch hier abgestiegen war und uns mit seinen Ideen beglücken wollte, auf Grund seiner Orientierung im katholischen Vereinshaus schon andern Tags wieder den Weg unter die Fische nahm, ohne sich uns vorgestellt zu haben. Daß auch der diesmalige Angriff des Zugenbundes wieder glatt abgefaßten wurde, konstatiert die Generalversammlung mit Genugtuung. Möge die feste und charaktervolle Haltung unrer hiesigen christlich gesinnten Kollegen allerwärts als Beispiel dienen, mögen aber auch neben dem „Korr.“ alle unsere Verbandsorgane stets aufblühend wirken, dann wird der von „neutral“ sich gebärdenden christlichen Gewerkschaftsführern namentlich auf die Zeitungen katholischer Zeitungen gelübte Druck wirkungslos bleiben.

## Rundschau.

F. W. S. Leppig, Assistent der Leipziger Sternwarte, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Der Verstorbene, der ein tüchtiger Gehilfe des bekannten Astronomen Bruhns war, stand mit dem Buchdruckergewerbe in enger Verbindung, da er selbst Schriftsetzer gelernt hatte und erst später, als 44-jähriger Mann, den Geberberuf an den Nagel hängte, weil er im Jahre 1867 als Assistent der Leipziger Sternwarte durch die Vermittlung Bruhns Anstellung erhielt. Großes Interesse für Naturwissenschaften und Astronomie trieb Leppig zu umfangreichem Selbststudium, das ihn später zu seinem Posten außerordentlich befähigte.

Mit der Verantwortlichkeit des Maschinenmeisters hatte sich am 18. Januar die Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. zu beschäftigen. Es handelte sich um die Entscheidung über die Berufung gegen das in Nr. 144 des „Korr.“ vom vorigen Jahre mitgeteilte Urteil des Schöffengerichts, wodurch ein Maschinenmeister zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, weil eine Hilfsarbeiterin sich einen Unfall an einer Maschinenstelle zuzog, deren mangelhafte Abdeckung ihr bekannt war und vom Maschinenmeister auf ihren Hinweis nicht sofort besser unter Schutz gebracht wurde. Nach nochmaliger eingehender Prüfung des Sachverhalts kam die Strafkammer jetzt zu einem freisprechenden Urteil. Es wurde bemerkt, daß der Maschinenmeister die Hilfsarbeiterin auf einen Rappdedel als Schutzvorrichtung aufmerksam gemacht habe, was die Arbeiterin jedoch außer acht ließ und infolgedessen unvorsichtig gehandelt hat. Das freisprechende Urteil gegen den mitangeklagten Prinzipal, gegen das der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte, wurde von der Strafkammer aufrecht erhalten. Damit ist, soweit der Maschinenmeister in Frage kommt, die Gerechtigkeit in anerkannter Weise zur Geltung gekommen. Denn wir haben es schon seinerzeit für ungerecht gehalten, daß ein Schöffengericht im vorliegenden Falle zu einer Verurteilung des Maschinenmeisters kommen konnte. Die Konsequenzen aus dem Urteile der ersten Instanz wären für den ganzen Druckerberuf ganz unerträglich geworden. Trotz des günstigen Ausgangs dieses Prozesses bleibt aber daraus immer noch die Lehre zu ziehen, daß die Maschinenmeister in Hinsicht auf ihre Verantwortlichkeit in Zukunft mehr denn je auf der Hut sein müssen, daß sie auf diesen Umstand ihre berufliche Tätigkeit besonders einrichten müssen.

Die Gehilfenprüfung vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Koblenz haben je ein Lehrling aus Horchheim und Traben-Trarbach mit Erfolg bestanden.

Als Schöffe für das Jahr 1911 wurde in Graudenz Kollege S. Glowinski ausgelost.

Ein schwerer Kampf ist's, den der Verlag des „Arbeiter im Druckgewerbe“ auf sich genommen hat. Das sieht er selbst ein, indem er in einem es gros verstandenen Abonnementsbettelbrief es als Aufgabe des Blattes bezeichnet, den Prinzipalen den Rücken zu stärken, damit sie Herr im Hause bleiben. Es wird also da offen zugegeben, daß man der Hoffnung lebt, den mittelalterlichen Kastengeist von den Herren und Knechten im Buchdruckgewerbe wieder in Schwung bringen zu können. Da wir dabei nicht zuletzt in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, so möchten wir in echter und rechter Knechtlichkeit dem „Herrn“ den Verlage des „Arbeiter im Druckgewerbe“ den unterwürfigsten Stößel auf die Ohren kommen lassen, er möge nicht nur so weiter fahren in Zukunft wie bisher mit der Beschimpfung und Verpötlung der Gehilfenschaft, sondern noch schärfer, noch herrischer und noch größenwahnsinniger seinen Haß und sein Gift gegen die Gehilfenschaft hinausfließen lassen. Dadurch wird er sein Ziel noch schneller erreichen, als er sich träumen läßt. Er, der „Herr“ dieses Blattes, und seine Nachbeter, die auch „Herr im Hause“ bleiben wollen in seinem Sinne, werden, wenn sie seine Theorien in die Praxis übertragen, gar bald alleinige Herren im Hause sein. Denn Buchdruckergesellen, die sich auf die Dauer für wüßig halten, im Dienste solcher Herren zu stehen, die nach den Grundfäden des „Arbeiter im Druckgewerbe“ die Gehilfen einschägen, bezahnen und behandeln, gibt es glücklicherweise immer weniger. Sie werden gar bald ganz ausgestorben sein. Neue dieser Art werden kaum mehr geboren. Und darum werden jene „Herren“, die ihr Heil auf jener Seite suchen, bald der Dual entzogen sein, in ihrem Hause Gehilfen überhaupt noch dulden zu müssen. Sie werden dann nicht nur „Herr im Hause“, sondern auch Herr ihrer Arbeit sein und diese ganz allein nach ihrem Belieben und Können leisten dürfen. Also nur weiter so! Die Gehilfenschaft

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 24. Januar 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer

Nr. 9.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

wird sich hüten, solche exklusive Streife zu führen; sie wird ihnen im Gegenteil ihr Herrenmenschen nach besten Kräften erleichtern.

In Konkurs geraten ist die Papierwarenfabrik und Buchdruckerei Pontac & Noltemeyer in Braunschweig. Bei den Gewerdegewählungen in Weifenfels erzielten die freien Gewerkschaften den Sieg über die Hirsch-Dunder'schen.

**Christliche Gewerkschaftstaktik.** Gegenüber den angelegentlichsten Versuchen der christlichen Gewerkschaftsführer, die Arbeiterschaft immer mehr zu zersplittern, ist es jedenfalls eine dringende Notwendigkeit, nachzuweisen, mit welchen Mitteln diese verräterische Handlung betrieben wird. So verdient es zurzeit festgehalten zu werden, daß z. B. beim Kampf in der Pforzheimer Eblemetallindustrie das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ einen schweren Fehler der freien Gewerkschaften darin fand, daß diese die christliche Organisation nicht als gleichberechtigt anerkannt haben; damit sei die Geschlossenheit der Arbeiter gestört und die Position des Arbeitgeberverbandes bedeutend gestärkt worden. Dagegen begründeten die christlichen Gewerkschaften bei der Lohnbewegung im Ruhrgebiet ihre Ablehnung eines Zusammengehens mit dem alten Bergarbeiterverbande damit, daß es dem alten Verbands gar nicht um eine ethische und streng gewerkschaftliche Arbeit zur Erzielung besserer Verhältnisse für die Arbeiter zu tun sei. Wollen also die freien Gewerkschaften mit den „Christlichen“ gemeinsame Sache machen, wie dies bei der gegenwärtigen Bewegung der Ruhrbergleute der Fall ist, so wird dies als unehrliches Angebot bezeichnet; wollen aber die freien Gewerkschaften von den „Christlichen“ gar nichts wissen, wie in Pforzheim, dann bezeichnen das die Zentrums-gewerkschaftler als Stärkung der Unternehmer- und Schwächung der Arbeiterinteressen. Für eine solche Taktik findet sich in der deutschen Sprache überhaupt keine richtige Bezeichnung. Sie als widerliche Heuchelei zu bezeichnen, ist noch viel zu gelinde ausgedrückt.

Als ein Kampf- und Vernichtungsjahr für die Unternehmer bezeichnet der bekannte Schriftleiter der „Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“, Dr. Tänzler, das abgelaufene Jahr. In seinem Jahresrückblick findet er, daß das Jahr 1910 hinsichtlich der Zahl der an Streiks und Ausperrungen beteiligten Arbeiter nur durch das Bergarbeiterstreikjahr 1905 übertroffen wurde. Waren es in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1909 95860 Arbeiter, die an Arbeitskämpfen beteiligt waren, so kamen auf die gleiche Zeit im Vorjahre deren 223768. Wohl keine Industrie sei von Angriffen verschont geblieben. Die Textilindustrie verzeichnete größere Kämpfe im sächsischen Vogtland, im Wuppertal, in Cronau, in der Lausitz, in Krefeld, in Brandenburg und an anderen Orten; von der Metallindustrie erwähnt er die Kämpfe im Hagen-Schwelmer Bezirk, in Albin, in Arnberg, auf den Seefischwerften und schließlich auch den großen Kampf im Bauwesen. Diese großen Bewegungen führt er darauf zurück, daß die Gewerkschaften in den vorausgegangenen Jahren der Ruhe so gelockert haben, daß sie Erfolge erlangen konnten. Darum sei das Jahr 1910 ein Vernichtungsjahr für die Unternehmer gewesen, und zwar in dem Sinne, daß sie ihre Organisationen noch viel strenger und geschlossener auszubauen haben, wobei eine besondere Stärkung des finanziellen Rückgrats die Hauptsache sei. Auch die Öffentlichkeit soll in Zukunft noch mehr als bisher über die nach Ansicht des Dr. Tänzler traurige Lage der Unternehmer „aufgeklärt“ werden. Dazu dränge die entsprechende Gegenarbeit auf Arbeitersseite, durch die die Öffentlichkeit mit Nachrichten geradezu überschwemmt werde. Besonders regt sich der mehrfach genannte Herr Doktor darüber auf; daß auf 50 geistige Arbeitskräfte, die sich ausschließlich der Verteidigung der Arbeiterbewegung widmen, noch nicht eine geistige Arbeitskraft kommt, die die Interessen der Arbeitgeber wahrnimmt. Umstoll ruft er aus: „50 gegen 1, kann es da wundernehmen, wenn die Sache der Arbeitgeber zu kurz kommt?“ Das erlaubt sich dieser Herr in einer Zeit zu fragen, wo die ganze politische Entwicklung, die Tätigkeit der Parlamente, der Regierungen und zum größten Teil auch die der Justiz fast ausschließlich nur auf die Wahrnehmung der Unternehmerinteressen zugeschnitten ist, wo die Sozialgesetzgebung ins Stocken geraten ist, was an der Reichsversicherungsordnung und an den Schwierigkeiten für eine vernünftige Gestaltung des Arbeitskammergesetzes ohne weiteres zu erkennen ist! Es ist zwar das alte Lied, mit dem das Jahr 1910 zu Ende ging, aber für die Arbeiterschaft bringt es immer wieder neue Lehren und neuen Ansporn zur Sammlung aller Kräfte um die Gelüste weiterer Knebelungsversuche gegen die Arbeiterschaft nicht nur zu unterdrücken, sondern auch die Wahn, die zu einem freien Menschengemach führt, von solchen Hindernissen endlich zu befreien, wie sie die „geistliche

Arbeit“ eines Tille, Kändler usw. darstellt. Der trostlose Sermon, den wir vorstehend unter die Lupe genommen haben, ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft auf dem richtigen Wege ist. Auf ihm soll es weiter vorwärts und aufwärts gehen!

**Fabrik und Handwerk.** In der am 3. März d. J. im Reichsamt des Innern stattfindenden Konferenz über die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk soll u. a. auch die Frage der Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk beraten werden. Aus diesem Grunde hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe in acht Regierungsbezirken Erhebungen darüber veranstaltet lassen, in welchem Umfange die Industrie frühere Handwerkslehrlinge in ihren Betrieben verwendet. Das statistische Landesamt hat das dabei angeammelte Material verarbeitet und festgestellt, daß von den etwa 114000 gelernten Arbeitern in den Industriebetrieben rund 40 Proz. in Handwerksbetrieben und rund 60 Proz. in Fabrikbetrieben ausgebildet worden sind. Nach und nach aber nimmt die Ausbildung im Handwerk ab und diejenige in den Fabriken entsprechend zu. Aus diesem Grunde hat der preussische Handelsminister es auch bisher stets abgelehnt, die Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung in Gestalt von Beiträgen an die Handwerkskammern heranzuziehen, weil die vom Staate für die Lehrlingsausbildung aufgewendeten Summen bedeutend größer seien als die von den Handwerkskammern aufgewendeten Mittel. Aus dieser Erhebung ist auch zu ersehen, wie notwendig es ist, daß bezüglich der Lehrlingshaltung und Lehrlingsausbildung zwischen Fabrik und Handwerk eine baldige Verständigung stattfindet. Ferner dürften auch diese Feststellungen für manche Handwerkskammer die Lehre ergeben, daß ihr mit einer entgegenkommenden Haltung an die Wünsche der Fabriken in der Lehrlingsfrage mehr gebient sein wird als mit Forderungen, die sich nach dieser Statistik nicht mehr ganz begründen lassen.

**Gewerkschaftsnachrichten aus dem Ausland.** In Belgien hat der Bergarbeiterausstand eine Wendung zum Besseren genommen. Die meisten Gewerkschaften haben die Forderungen der Arbeiter anerkannt, worauf etwa die Hälfte der letzteren die Arbeit wieder aufnahm; während ein großer Teil der Ausständigen noch die schriftliche Garantie der Bewilligungen abwartet will. Es ist dadurch zu einer bedenklichen Zersplitterung unter den Arbeitern gekommen. — In Frankreich hat der Justizminister eine nochmalige Verhandlung im Falle Durand offiziell angeordnet. Die streikenden Weber in Gallun, deren Ausstand schon über sechs Monate dauert, erhalten ihre materielle Unterstützung hauptsächlich von den Vereinigten, die bei den gleichen Unternehmern in den Vereinigten Staaten beschäftigt sind. In Treport sperren die Schiffreederei 22 Führer der Hafenarbeiter aus, um deren Organisation zu sprengen. Sie haben aber ihr Ziel nicht erreicht. Der Deputiertenkammer wurde von der französischen Regierung ein Gesetzentwurf vorgeschlagen, der den Maximalarbeitsstag für alle industriellen Arbeiter auf zehn Stunden festlegt, soweit der gesetzliche Beschlusbudget für sie noch nicht durch bisherige Spezialgesetze eingeführt wurde. Nur an 60 Tagen im Jahre darf diese Arbeitszeit überschritten werden. Es ist eine vierjährige Übergangsperiode bis zur vollen Durchführung des Gesetzes vorgesehen. — Einen vollen Erfolg haben die Bergarbeiter in Manchester (England) erreicht, die in Streik getreten waren, weil sie nicht mit Inorganisierten zusammenarbeiten wollten. Wegen der gleichen Ursache ist in Nordwales eine erste Bewegung der Bergarbeiter im Gange. Verloren ging der Streik der Landarbeiter in St. Faith. In Liverpool streikten 2000 Arbeiter der Schiffreparaturwerkstätten um höheren Lohn für die jugendlichen Arbeiter. — Aus Amerika wird berichtet, daß die streikenden Straßenbahner in Winnipeg (Manada) sich die Sympathien des Publikums dadurch sicherten, indem sie den größten Teil des Verkehrs aufrecht erhielten und zu diesem Zweck alle verfügbaren Schlitzen und Fuhrwerke selbst bedienen. In Chicago streikten die 40000 Kleidermacher immer noch, während die 3500 Streikenden in Milwaukee einen schönen Sieg errangen, den sie besonders der Intervention der sozialdemokratischen Stadterwaltung verdanken. Die Polizei war ausdrücklich angewiesen, die Streikposten, solange sie sich keine öffentlichen Gesetzesübertretungen zu schulden kommen ließen, ungeschoren zu lassen! Die New Yorker Hafenarbeiter bereiten einen allgemeinen Streik vor, da ihre Forderungen auf Lohnhöhung und ausschließliche Beschäftigung von Organisierten abgelehnt wurden. In einer im Auftrag des amerikanischen Arbeitsamts bearbeiteten Untersuchung über die in europäischen Ländern bestehenden Kinderschutzgesetze sagt der Verfasser, Dr. Webby, Professor der Soziologie an der George Washington Universität, daß in Deutschland die Arbeiter- und Kinderschutzgesetzgebung die Kinderarbeit nicht abgeschafft, sondern

sie nur in die Heimarbeit getrieben habe, wo sie gesetzlich noch nicht zu erreichen ist. Das Arbeitsamt im Staate Jersey berechnet auf Grund statistischer Erhebungen, daß die Nahrungs- und Mietpreise in den letzten 12 Jahren um rund 41 Proz. die Höhe der Arbeiter in Industrie und Handwerk aber nur um 18,7 Proz. gestiegen sind, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich im allgemeinen also bedeutend verschlechtert hat. Fast nur die gut organisierten Arbeiter der Bauwerke hätten durch Lohn-erhöhungen einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen vermocht.

**Die Justiz im Dienste der Streikbrecher.** Die Streikbrecherkolonnen, die von Arbeitgeberverbänden gebildet werden und Einzelunternehmern auf Zeit, d. h. nur auf die Dauer eines jeweiligen Streiks, zugewiesen werden, sind nach einer Entscheidung des Königsberger Oberlandesgerichts in einer Ausnahmestellung im sozialen Versicherungsrecht. Sie sind nicht bei den Ortskrankenkassen zu versichern, weil sie in der Regel von den Arbeitgeberverbänden nur tageweise und nicht auf dauernd oder längere Zeit an die einzelnen Unternehmer abvermietet werden. Es sind demnach die Arbeitsverträge auf weniger als eine Woche abgeschlossen und das schließt die Versicherungspflicht aus.

**Die kommunale Arbeitslosenversicherung für Berlin** war am 19. Januar Gegenstand der Beratung in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Eine entsprechende Vorlage war von den Sozialisten eingebracht und wurde auch von Vertretern dieser Partei energisch verfolgt. Von den Gegnern der Vorlage wurde die Lösung dieses Problems in allbekannter Weise als eine Aufgabe des Reichs und jede spezielle Regelung durch einzelne Städte sogar als Hindernis für ein entsprechendes reichsgesetzliches Vorgehen bezeichnet. Auch der Stadtverordnete Goldschmidt, ein Führer der Hirsch-Dunder'schen, mußte kein günstiges Wort dafür einlegen. Das Resultat der Verhandlung war ein Begräbnis erster Klasse. Die Vorlage wurde an eine gemischte Deputation verwiesen, aus der sie voraussichtlich nicht allzu rasch wieder an das Plenum zurückkommen wird.

**Obligatorische Arbeitslosenversicherung für das Baugewerbe** plant nach einer Mitteilung des „Arbeitsmarkt“ die Stadt Straßburg i. E. Um die Ausführung dieses Planes zu ermöglichen, wird der Gemeinderat eine Petition an den Reichstag und Bundesrat richten, daß ein Gesetz erlassen wird, wonach die Gemeinden für Einführung solcher Arbeitslosenversicherungen ermächtigt werden. Vom Bürgermeister Dr. Schwander wird außerdem zu dieser Frage eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet werden. Während also manche Stadtverwaltungen sich noch nicht einmal dazu entschließen können, die fakultative Arbeitslosenversicherung einzuführen, will Straßburg schon teilweise zu der obligatorischen übergehen. — Das ist jedenfalls ein ganz auffälliger Beweis dafür, daß der ernste Wille zur Lösung dieser Frage auch die richtigen Wege zu finden weiß und sich nicht hinter Reichsregierung oder Einzelstaat zu verbergen nötig hat.

**Vollstimmung und Materialismus.** In schweizerischen Kantonen Solothurn wurde das Ruhetagsgesetz, das den Ladenagestellten ihren freien Sonntag bringen sollte, durch Referendum mit 8878 gegen 7829 Stimmen verworfen. Der Stämmereifer der freien Schweizer hat gesiegt.

## Briefkasten.

**E. B. in D.:** Wir müssen uns in dieser Frage eines Urteils enthalten. Es sind uns schon manche Beschwerden darüber zu Ohren gekommen, wollten wir aber der Sache ernstlich auf den Grund gehen, so zogen sich die Ankünder zurück. Somit finden wir aber die Geschichte sehr kostspielig und sind der Ansicht, daß wirklich strebsame und fähige Kollegen durch Selbststudium das Ziel billiger erreichen. — **U. E. in Wörla:** Sie finden einschlägiges Material in den Nr. 53, 67, 116 (1910) und 1, 9 (1911) unter „Rundschau“. — **G. H. in Elberfeld:** In den beiden ersten Fällen ist der Affektativ, im letzteren der Dativ richtig. — **F. E. in Bayreuth:** Johann Bäßl, Wien V/1, Bentagasse 34. — **F. U. in Breslau:** Ihr Generalversammlungsbericht ging zu spät ein. Gerade jetzt müssen wir darauf achten, daß die Einfindungsfrist von einer Woche nicht herab überschritten wird wie in Ihrem Falle. — **B. S. in Gomburg-Müts:** Bericht über die Generalversammlung am 8. Januar ging erst am 20. bei uns ein. Also zu spät. Beschneiden uns auf Wiedergabe des Jahresberichts. — **E. U. in Seidenheim:** Wie vorstehend. Generalversammlung am 6. Januar. Bericht ging am 21. ein. — **R. N. in Köln:** Nun haben Sie 25 Bf. geopfert, und wir haben die Zeitungen doch nicht erhalten. Denn unfrankierte Zeitungen werden gar nicht befördert. Wir haben darum auch kein Strapporto bezahllen müssen. Das ist ein schönes Durcheinander. Übrigens hat die eigentliche Ursache noch einen andern Hintergrund, wes-

